SERAPS WOCHE



INHALTSVERZEICHNIS

BEZAHLKARTENGESETZ

"ANTISEMITISMUS IN ALLEN ERSCHEINUNGSFORMEN AKTIV BEKÄMPFEN"

"GESETZ ZUR BEKÄMPFUNG VON KINDEREHEN NACHBESSERN"

JETZT WIRKSAME MASSNAHMEN FÜR BEZAHLBARES BAUEN UND WOHNEN ERGREIFEN

SONSTIGES

ÖFFENTLICHE DEBATTE



SERAP GÜLER



SGUELER



SERAPGUELER

Liebe Parteifreunde, sehr geehrte Damen und Herren,

In dieser Sitzungswoche haben wir uns mit dem Bezahlkartengesetz beschäftigt. Die Ampel - Regierung ist Weltmeister im ankündigen: bis jetzt wurde immer noch nichts geliefert. Wir machen Druck und legen deshalb unseren eigenen Gesetzentwurf vor, damit die Kommunen nicht länger alleine gelassen werden.

Mit Besorgnis mussten wir auch feststellen, dass seit dem 7. Oktober die Angriffe auf unsere jüdischen Mitbürger zugenommen haben. Das wollen wir nicht einfach so hinnehmen. Wir brauchen eine einheitliche, verbindliche Verpflichtungserklärung gegen Antisemitismus.

Was mich auch in Köln beschäftigt, ist der Wohnungsmarkt. Im Bereich bauen hinkt die Regierung nach wie vor hinterher. Als Opposition legen wir hier den Finger in die Wunde. Mehr in diesem Newsletter dazu.

Ein Highlight für mich diese Woche: der Start des CDU Netzwerks Migration im Konrad- Adenauer- Haus. Als Vorsitzende freue ich mich auf alles, was jetzt kommt. Und schließlich finden Sie noch meine politischen Einschätzungen in der öffentlichen Debatte.

Ich verbleibe mit freundlichen Grüßen, freue mich auf Ihre Rückmeldung und bedanke mich für Ihr Interesse an meiner Arbeit!

Soy bide

<u>Unser Gesetzentwurf zur rechtssicheren Einführung einer</u> <u>Bezahlkarte im Asylbewerberleistungsgesetz</u> ("Bezahlkartengesetz")

Erst auf großen Druck von CDU und CSU erklärte sich der Bundeskanzler in der Ministerpräsidentenkonferenz am 6. November 2023 dazu bereit, die Rechtsgrundlage für die bundesweite Einführung von Bezahlkarten für Asylbewerber zu schaffen. Mit den Regierungschefinnen und Regierungschefs der Länder bestand Einigkeit in der Zielsetzung, Barauszahlungen an Leistungsberechtigte nach dem Asylbewerberleistungsgesetz (AsylbLG) weiter einzuschränken. So sollen Anreize zur irregulären Migration nach Deutschland reduziert und auch der Verwaltungsaufwand bei den Kommunen minimiert werden. Hierzu sollen bundesweit Leistungen durch die Ausgabe von Bezahlkarten gewährt werden können. Notwendigen gesetzlichen Anpassungsbedarf im AsylbLG wollte die Bundesregierung zeitnah auf den Weg bringen. Bisher liegt kein geeinter Gesetzentwurf der Regierungskoalition vor, da die Bundestagsfraktion von Bündnis 90/Die Grünen der eigenen Bundesregierung die Zustimmung verweigert. Diese neueste Episode im endlosen Streit der Bundesregierung sagt viel aus über die mangelnde Autorität des Bundeskanzlers in seiner eigenen Koalition.

Die Tatenlosigkeit der Regierung im Bereich der Migrationspolitik ist nicht länger hinzunehmen. Dem Wunsch der Bundesländer folgend, legen wir nun einen eigenen Gesetzentwurf für eine rechtssichere Grundlage für die Einführung von Bezahlkarten vor. Angesichts des aktuellen Zustroms von Asylbewerbern, der die Kommunen überfordert und Deutschland an seine Belastungsgrenze bringt, ist es richtig, Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz möglichst in Form von Sachleistungen oder mittels Bezahlkarte zu erbringen.

Aktuelle Stunde: Antisemitismus in allen Erscheinungsformen aktiv bekämpfen – Keine falsche Nachsicht in Kultur, Bildung und Wissenschaft

Seit dem Terrorangriff der Hamas auf Israel am 7. Oktober 2023 ist Antisemitismus an deutschen Bildungs- und Wissenschaftseinrichtungen sowie im Kunst- und Kulturbetrieb in erschreckender und alarmierender Weise zutage getreten. Jüdische Schüler, Lehrkräfte, Studenten und Wissenschaftler erfahren noch häufiger als zuvor Anfeindungen und Angriffe. Antisemitische Vorfälle im Kulturbetrieb – etwa bei der documenta in Kassel oder jüngst bei der Preisverleihung der Berlinale in Berlin – bleiben in der eigenen "Szene" zu oft unwidersprochen.

Antisemitismus ist in Deutschland generell - zu jeder Zeit und an jedem Ort - inakzeptabel. Dies gilt damit selbstverständlich auch in Bildungseinrichtungen, an Hochschulen sowie im Kunst- und Kulturbereich. Es braucht eine breite gesellschaftliche und parteiübergreifende Reaktion auf die neuerlichen, unerträglichen Vorfälle von Antisemitismus. Mit einer "Aktuellen Stunde" auf Antrag unserer Fraktion fordern wir die Bundesregierung zum Handeln auf. Hochschulgesetze müssen angepasst werden, damit die Möglichkeit der Exmatrikulation insbesondere bei antisemitischen Gewalttaten besteht. Das staatlich vergebene Label der "Exzellenz" in Wissenschaft und Forschung dürfen aus unserer Sicht künftig nur solche Einrichtungen erhalten, die konsequent gegen Antisemitismus vorgehen. Wir erwarten, dass künftig keine Bundesmittel an Kulturprojekte oder Einrichtungen fließen, die Antisemitismus eine Bühne bieten. Wenn Förderungen bereits erfolgt sind, müssen diese zurückgefordert werden. Wir brauchen eine einheitliche, verbindliche Verpflichtungserklärung gegen Antisemitismus für alle bundesgeförderten Kultureinrichtungen. Antisemitismus darf in Deutschland im Allgemeinen und in Bildungseinrichtungen, in Kunst und Kultur im Besonderen keinen Platz haben.

Gesetz zur Bekämpfung von Kinderehen unverzüglich nachbessern

Mit dem im Jahr 2017 verabschiedeten Gesetz zur Bekämpfung von Kinderehen wurden sogenannte "Frühehen", die im Ausland geschlossen wurden und bei denen mindestens eine 16 Jahre alt war, in Deutschland für unwirksam Bundesverfassungsgericht bestätigte grundsätzlich das Verbot solcher Ehen. Es betonte jedoch die Notwendigkeit, die Folgen unwirksamer Ehen zu regeln. Dies betrifft insbesondere Unterhaltsansprüche für die betroffenen Minderjährigen und die Möglichkeit, eine unwirksame Ehe mit Eintritt der Volljährigkeit - unter bestimmten Schutzmaßnahmen - zu bestätigen. Wenn der Gesetzgeber bis zum 30. Juni 2024 keine Neuregelung trifft, tritt die Regelung insgesamt außer Kraft - mit dem Ergebnis, dass im Ausland geschlossene Ehen mit unter 16-Jährigen wirksam werden. Es besteht deshalb dringender Handlungsbedarf auf Seiten der Bundesregierung, um das Verbot von Kinderehen aufrechtzuerhalten und den Schutz der betroffenen Kinder zu gewährleisten. Mit unserem Antrag fordern wir klare und effektive Regelungen, um das Wohlergehen der betroffenen Kinder zu schützen und gravierende Nachteile beim Schutz von Minderjährigen zu verhindern. Kinderehen müssen in Deutschland auch weiterhin verboten bleiben. Die Bundesregierung muss jetzt tätig werden und schnellstmöglich einen Gesetzentwurf vorlegen, um die Rechte und das Wohlergehen der betroffenen Minderjährigen zu schützen. Eine Nachbesserung des Gesetzes zur Bekämpfung von Kinderehen ist unabdingbar, um schwerwiegende Folgen für das Kindeswohl und die Rechtslage in Deutschland zu vermeiden. Die Bundesregierung muss ihre Verantwortung für den Schutz von Kindern und Jugendlichen ernst nehmen.

<u>Deutschland aus der Baukrise führen – Jetzt wirksame</u> <u>Maßnahmen für bezahlbares Bauen und Wohnen ergreifen</u>

Deutschland ist in einer echten Wohnungsbaukrise. Die Lage ist dramatisch: Die Baugenehmigungszahlen brechen flächendeckend ein, die Auftragsbücher der Unternehmen laufen leer und Projekte werden reihenweise storniert. Einige Unternehmen mussten bereits Insolvenz anmelden, viele andere sind in eine bedenkliche finanzielle Schieflage geraten. Es gibt bereits Kurzarbeit und erste Entlassungen. Wir brauchen jetzt einen Impuls für mehr und bezahlbaren Wohnungsbau. Die Ampel-Regierung hat bisher alle Hilferufe aus der Bauwirtschaft ungehört verhallen lassen. Leidtragende sind die vielen hunderttausend Menschen, die auf der Suche nach einer bezahlbaren Wohnung sind. Mit unserem Antrag - den wir in dieser Woche abschließend beraten - stellen wir deshalb fest: Die Bauwirtschaft ist ein tragender Pfeiler unserer Konjunktur. Angesichts der dramatischen Lage auf dem Wohnungsmarkt muss gegengesteuert werden. Dafür ist ein Dreiklang aus steuerlichen Maßnahmen, gezielter Förderung und der Senkung von Bau- und Baunebenkosten nötig. Der Staat muss vom Kostentreiber des Wohnungsbaus zum Impulsgeber werden. So erhalten wir Baukapazitäten und schaffen Raum für bezahlbares Bauen und Wohnen. Der Bundeskanzler steht hier persönlich in der Verantwortung, denn er hatte sich im Bundestagswahlkampf die Schaffung bezahlbaren Wohnraums auf die Fahnen geschrieben.

 \mathbb{X}

in

 \square

"CDU Netzwerk Migration" wird wiederbelebt!

Volle Bude im KAH! Lebhafte Auftaktveranstaltung zum "Netzwerk Migration". Wir wollen Menschen mit Migrationsgeschichte in und außerhalb der Partei zusammenbringen und darüber diskutieren, wie wir unsere Gesellschaft gemeinsam gestalten. Ich freue mich als Vorsitzende auf alles, was kommt.







Hybrider Krieg: Jetzt digital aufrüsten



Güler warnt vor Attacken von Putin-Anhängern in Deutschland | Presse Augsburg

Troll-Armeen aus dem Kreml sind Gift für unsere Debattenkultur in Deutschland. Fake-News und russische Propaganda sind gefährlicher denn je. Gerade mit Blick auf bevorstehende Wahlen müssen wir uns besser rüsten.

Hier gehts zum Interview

"Home is, where the Dom is."



CDU-Politikerin Serap Güler: "Das Schönste an Berlin ist der Zug zurück nach Köln"

Mit "24rhein" habe ich über meine Liebe zu meiner Heimatstadt Köln gerede Hier gehts zum Artikel



